



NZZ am Sonntag
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch/sonntag

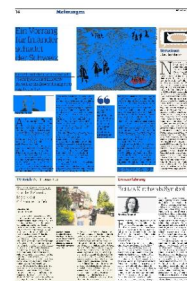
Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 126'855
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 377.009
Abo-Nr.: 377009
Seite: 14
Fläche: 54'305 mm²

Ein Vorrang für Inländer schadet der Schweiz

Unser Land steht heute deshalb
so erfolgreich und innovativ
da, weil es die Zuwanderung stets
zugelassen hat





NZZ am Sonntag
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch/sonntag

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 126'855
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 377.009
Abo-Nr.: 377009
Seite: 14
Fläche: 54'305 mm²

Monika Bütler



Ausgerechnet Roger Köppel! Zuerst einen deutschen Journalisten, dann eine deutsche Sekretärin für die «Weltwoche» einstellen! Wenn einer der glühendsten Anhänger des Inländervorrangs im Ausland rekrutiert, spricht selbst die NZZ von Wasser predigen und Wein trinken. Der Gescholtene wehrt sich, die Sekretärin sei allen Schweizer Bewerberinnen klar überlegen gewesen. Damit zeigt er: Ein Inländervorrang ist Folklore - aus mindestens drei Gründen.

Erstens: Für viele offene Stellen gibt es zu wenige Inländer, weil diese nicht wollen oder nicht dürfen. Jedes reiche Land hat Mühe, für gewisse Arbeiten Inländer zu finden. Auch in Griechenland kommt das Hotelpersonal aus Albanien. Tragischer ist es, wenn wir Ausländer rekrutieren müssen, weil wir vorher den eigenen Nachwuchs daran gehindert haben, diese Ausbildungen zu wählen. In medizinischen Berufen etwa.

Zweitens: Die ausländische Bewerberin ist eben nicht die durchschnittliche Deutsche, sondern eine besonders motivierte. Wer die Mühe auf sich nimmt, in ein anderes Land zu ziehen, muss eine Zusatzportion Durchhaltewillen und Risikofreudigkeit haben. Das Gleiche gilt übrigens - wie viele Beispiele zeigen - auch für ausgewanderte Eidgenossen. Die Wirtschaftsgeschichte zeigt deutlich, dass viele Innovationen Einwanderern zu verdanken sind. Die Schweiz ist genau deshalb so erfolgreich, weil sie diese Zuwanderung zulässt. Nicht von ungefähr empfiehlt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD dem wirtschaftlich stagnierenden Japan, endlich die Grenzen für ausländische Arbeitskräfte zu öffnen.

Drittens: Wir haben selber einen belasten

ten Umgang mit Ehrgeiz. Verkündet der Sechstklässler freudestrahlend, er wolle ins Gymi, erhält die Mutter böse Blicke (über-ehrgeizig), der Knabe mitleidige (gestohlene Kindheit). Gymnasien preisen an Informationsabenden nicht die Vorzüge ihrer eigenen Lehrgänge, sondern die Möglichkeiten alternativer Ausbildungen. Viele fürchten sich mehr vor dem Attribut Streber als vor schlechten Noten; gute Leistungen gehen oft Hand in Hand mit Mobbing und Geringschätzung.

Vertreter aus Wirtschaft und Verwaltung berichten, wie schwierig es ist, interessante, aber unkonventionelle Stellen - zum Beispiel temporäre Auslandsinsätze - mit Inländern besetzen. Zu weit weg, zu unsicher, zu anstrengend. Ähnliche Erfahrungen an den Universitäten: Nur wenige Inländer nehmen die Mühen einer akademischen Karriere in Kauf. Das Risiko schreckt sie ab, auch wenn am Schluss eine interessante, gutbezahlte Stelle mit viel Gestaltungsfreiheit lockt.

Was hat das alles mit dem Inländervorrang zu tun? Eine strikte Umsetzung (Inländerin, welche die formalen Kriterien erfüllt, muss vorgezogen werden, selbst bei schlechterer Ausbildung und Motivation) wäre eine veritable Innovations- und Wachstumsbremse. Die milde Umsetzung (regionale Ausschreibung aller Stellen, wie von Ständerat Philipp Müller letzte Woche vorgeschlagen) hingegen ist ein Papiertiger. Wurde der Passus «bei gleicher Qualifikation werden Frauen bevorzugt» nicht gerade von denen belächelt, die ihn nun für Inländer fordern? Wenn es um neue Mitarbeiter geht, um den Erfolg der Firma, sind wir alle Köppels.

Hören wir endlich auf mit Symbolpolitik - Ventilklausel, Schutzklausel, Inländervorrang -, und stecken wir unsere Energie in zukunftsorientierte Massnahmen: Aus- und Weiterbildungen, Vereinbarkeit Beruf und Familie. Symbolpolitik schadet; sie erschwert die Verhandlungen mit anderen Ländern und - viel wichtiger - vergiftet das Zusammenleben im Staat. Von Beruhigungspillen haben die Inländer längst genug.

Monika Bütler ist Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen.

Wurde der Passus «bei gleicher Qualifikation werden Frauen bevorzugt» nicht gerade von denen belächelt, die ihn nun für Inländer fordern?